trachtet die Ständige Vertretung nach vorliegenden Erfahrungen als eine staatliche Sanktionierung dieser Informationsübermittlung. Sie ist dann bestrebt diese fortzusetzen, mit Berufung auf die bereits in anderen Fällen genehmigte Vorgehensweise, die jedoch den Festlegungen und Vereinbarungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR mit der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR widersprechen. Eine erteilte Genehmigung leitet die Ständige Vertretung aus der Annahme ab, daß sämtliche Korrespondenz zwischen Verhafteten und Ständiger Vertretung durch die Untersuchungsabteilung bzw. den Staatsanwalt oder das Gericht kontrolliert wird.

Komplizierte Problemsituationen können sich unter anderem bei verhafteten Ausländern auch auf Grund solcher Faktoren ergeben, wie Nichtbeherrschen der deutschen Sprache, nationale und ethnische Besonderheiten oder Zugehörigkeit zu den verschiedensten religiösen Glaubensbekenntnissen. Im Untersuchungshaftvollzug der DDR wird verhafteten Ausländern, insbesondere wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Hilfe und Unterstützung gegeben, damit sie ihre Rechte voll wahrnehmen und Pflichten gewissenhaft erfüllen können. Dazu wird ihnen bei Notwendigkeit kostenlos ein Sprachmittler zur Verfügung gestellt.¹

Eine weitere Besonderheit wird verhafteten Ausländern beim Vollzug der Untersuchungshaft in bezug auf ihre Unterbringung eingeräumt. Aus religiösen, staatsbürgerlichen oder Nationalitätsgründen, deren Nichtbeachtung sich erschwerend für die Situation Verhafteter und ihre Bereitschaft an der Mitwirkung der Aufklärung der Straftat auswirken kann, oder aus Gründen, die eine Gefährdung weiterer Ziele der Untersuchungshaft bzw. der Ordnung und Sicherheit in der Untersuchungshaftanstalt zur Folge hätten, kann von einer Trennung zwischen jugendlichen und erwachsenen Ausländern abgesehen werden.

¹ Auch mit dieser großzügigen und humanen Regelung hebt sich der Untersuchungshaftvollzug der DDR positiv von den der BRD ab, wo unter anderem im Bundesland Baden-Württemberg der verhaftete Ausländer oder seine Angehörigen sogar die Kosten für die hafterlich angeordnete Hinzuziehung eines Dolmetschers zur Überwachung von Besuchen - die eindeutig nur zur Wahrung von Interessen des Staates und seiner Strafverfolgungsorgane erfolgt - selbst zu tragen hat. Damit ist eindeutig ein Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz gegeben, welches auch die BRD für sich in Anspruch nimmt. (Vgl. Untersuchungshaftvollzugsordnung der BRD (UVollzo) - Neufassung ab 1. Januar 1977 mit Änderung ab 1. Januar 1978 -)